



Nr. 40

24. November 2023

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Einkommensrunde der Länder

[Öffentlicher Dienst: Tausende Beschäftigte im Warnstreik](#)

Digitalisierungsbilanz der Ampel überschaubar

[Bundesregierung darf nicht an der Zukunft sparen](#)

Deutsche Justizgewerkschaft

[Silberbach: „Rechtsstaatlichkeit ist kein Selbstläufer“](#)

Beratungen zwischen Bund und Ländern

[Zaghaftes Vorankommen bei der Krankenhausreform](#)

dbb frauen

[„Eine Gesellschaft, die Frauen schützt, schützt die Grundfeste ihrer Menschlichkeit“](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Nordrhein-Westfalen

[Öffentlicher Dienst braucht mehr Attraktivität statt Absenkung der Einstellungskriterien](#)

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

[Deutsche Bahn blockiert weiterhin: Tarifverhandlungen gescheitert](#)

vbba – Gewerkschaft Arbeit und Soziales

[Arbeitsagenturen und Jobcenter: Belastung für Beschäftigte wächst](#)

Verband Bildung Erziehung (VBE)

[An 3.500 Schulen fehlen mehr als 15 Prozent der Lehrkräfte](#)

vbob – Gewerkschaft Bundesbeschäftigte

[Resolution gegen Gewalt, Extremismus und Antisemitismus beschlossen](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuelle

Informationsdienst des dbb

Einkommensrunde der Länder Öffentlicher Dienst: Tausende Beschäftigte im Warnstreik

Die Warnstreiks im öffentlichen Dienst nehmen weiter an Fahrt auf. Diese Woche war insbesondere Norddeutschland betroffen.

Die Beschäftigten der Länder fordern 10,5 Prozent, mindestens jedoch 500 Euro höhere Einkommen pro Monat. In bisher zwei Verhandlungsrunde hatte die Arbeitgeberseite (Tarifgemeinschaft deutscher Länder – TdL) jedoch kein Angebot vorgelegt.

„Wer Leistung fordert, muss Respekt zeigen! Und zwar in einer Form, die auch in den Geldbeutel der Kolleginnen und Kollegen ankommt“, rief dbb Tarifchef Volker Geyer den gut 2000 Teilnehmern und Teilnehmerinnen einer Kundgebung vor dem Kieler Finanzministerium am 24. November 2023 zu. „Wenn im öffentlichen Dienst über eine halbe Million Stellen unbesetzt sind, werden die Menschen sonst dorthin gehen, wo sie bessere Bedingungen vorfinden. Nur wer gute Arbeitsbedingungen bietet, wird auf Dauer gute Leute halten können.“

Kai Tellkamp, Landesvorsitzender des dbb schleswig-holstein, stimmte zu: „Natürlich hängt es auch von den Einkommensbedingungen ab, dass Kolleginnen und Kollegen da sind, die bestmöglich für Bildung, Sicherheit, Sozialleistungen und Bürgerservice sorgen. Deshalb muss klar sein, dass der angestrebte Tarifabschluss auf die Beamten übertragen wird. Und zwar ohne jegliche Abstriche und Verzögerungen, sondern unter uneingeschränkter Beachtung der Verfassung.“

„Wer Nachwuchskräfte braucht in Zeiten des demografischen Wandels, der muss sie auch pflegen“, sagte Matthäus Fandrejewski, Vorsitzender der dbb jugend. „Die Bezahlung steht bei uns Jungen, den Fachkräften der Zukunft, in Zeiten der Inflation ganz oben auf der Prioritätenliste. Die dbb jugend fordert die Erhöhung der Entgelte für Auszubildende, Dualstudierende und Praktikant*innen um 200 Euro sowie die unbefristete Übernahme von Auszubildenden und Dualstudierenden in Vollzeit.“

„Die Daseinsfürsorge ist in akuter Gefahr. Es fehlen bereits heute über 500.000 Beschäftigte“, hatte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach bei der Kundgebung vor über 4000 Demonstranten in Hamburg bereits am Tag zuvor deutlich gemacht. „Wenn die Länder jetzt nicht die Kurve kriegen und die Einkommen deutlich erhöhen, wird der öffentliche Dienst personell

weiter ausbluten. In den nächsten zehn Jahren verlassen über 1,3 Millionen Beschäftigte den öffentlichen Dienst und gehen in den wohlverdienten Ruhestand. Angesichts der Bevölkerungsstruktur und der Geburtenrate ist klar: Der Staat kann froh sein, wenn er die frei werdenden Stellen halbwegs wieder besetzen kann. Die fehlenden 551.500 Menschen zu finden, die sich unter den aktuellen Bedingungen in den Dienst der Gesellschaft stellen wollen, erscheint da fast utopisch.“

Die Chefs mehrerer Fachgewerkschaften unter dem Dach des dbb machten in Hamburg deutlich, mit welchen konkreten Folgen die Bürgerinnen und Bürger rechnen müssen, wenn der öffentliche Dienst personell weiter ausblutet. Heiko Teggatz, dbb Vize und Vorsitzender der Bundespolizeigewerkschaft, mahnte für den Bereich der Inneren Sicherheit: „Polizeikräfte bundesweit gehen schon lange auf dem Zahnfleisch. Wenn eine Einsatzlage die nächste jagt, müssen wir irgendwann zwangsläufig priorisieren, welche Aufgaben mit welchen Ressourcen erledigt werden. Es ist aber Gift für das Vertrauen der Menschen in den Staat, wenn Verbrechensbekämpfung nur noch Mangelverwaltung ist.“

René Müller, Vorsitzender der Gewerkschaft Strafvollzug, berichtete: „Die Justiz ist am Limit. Das gilt nicht nur für die Gerichte, das gilt natürlich auch für die Justizvollzugsanstalten. Die Resozialisierung von Strafgefangenen findet kaum noch statt, weil die wenigen noch vorhandenen Kolleginnen und Kollegen darum bemüht sind, die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten. Gleichzeitig gibt es immer mehr Übergriffe auf das Gefängnispersonal. Diese Zustände sind ein Angriff auf das Gerechtigkeitsempfinden aller anständigen Menschen – keine Wunder, dass die Politikverdrossenheit im Land immer weiter wächst.“

Florian Köbler, Bundesvorsitzender der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG), betonte die absolute Notwendigkeit eines starken linearen Tarifabschlusses sowie dessen Übertragung auf die Besoldung und Versorgung der Beamtinnen und Beamten in den Ländern: „Die Politik hat einen Eid auf die Verfassung geschworen, Unheil von Deutschland abzuwenden. Es ist ein Skandal und schwerer Fehler,

den Tarifforderungen nicht gerecht zu werden und damit die Handlungsfähigkeit des Staates infrage zu stellen. Wir riskieren, dass unsere besten Kräfte in die freie Wirtschaft flüchten – oder gar nicht erst kommen. Es geht schlicht darum, ob Deutschland handlungsfähig bleibt. Was ist es für ein Zeichen, wenn der Staat die Beschäftigten so bezahlt, dass sie Wohngeld beantragen müssen? Schäbig!“

Für Auszubildende fordert der dbb 200 Euro mehr pro Monat sowie die unbefristete Übernahme. Auch in Hamburg sprach dazu Mathäus Fandrejewski, Vorsitzender der dbb jugend: „Die Privatwirtschaft ist schon heute in vielen Bereichen deutlich attraktiver für Nachwuchskräfte. Innerhalb des öffentlichen Dienstes drohen die Länder jetzt aber auch noch von Bund und Kommunen vollends abgehängt zu werden. Wir werden aber nicht zulassen, dass die Länderchefs sehenden Auges unsere Zukunft verspielen!“

Auch in Niedersachsen kam es am 23. November 2023 landesweit zu Warnstreiks. In Hannover versammelten sich über 2.000 Beschäftigte vor dem Finanzministerium, um für ihre Forderung nach 10,5 Prozent, mindestens 500 Euro mehr im Monat zu demonstrieren. Volker Geyer, der dbb Fachvorstand für Tarifpolitik, sagte bei der Kundgebung: „Kaum ein Tag vergeht, ohne dass in den Medien vom dramatischen Personalmangel im öffentlichen Dienst berichtet wird. Bildung, Sicherheit, Gesundheit, Infrastruktur... diese Liste lässt sich beliebig fortsetzen und überall zeigt sich das gleiche traurige Bild: Der Staat wurde auf Verschleiß gefahren und die noch vorhandenen Kolleginnen und Kollegen gehen auf dem Zahnfleisch. Zum Dank wollen die Länderchefs sie jetzt auch noch mit den Folgen der Inflation alleine lassen. Das ist keine Wertschätzung, das ist eine Unverschämtheit; gegenüber den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und gegenüber der Bevölkerung, die sich gerade in diesen unsicheren Zeiten mehr denn je einen handlungsfähigen Staat wünscht.“

Alexander Zimbehl, Vorsitzender des NBB – Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion, machte mit Blick auf die schwierige Gewinnung von Nachwuchs und Fachkräften für den öffentlichen Dienst deutlich: „Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder hat in zwei Verhandlungsrunden kein Angebot vorgelegt. Das ist keine Personalgewinnung, das ist Personalabschreckung! Wir erwarten von der TdL, dass sie sich endlich bewegt. Und wir erwarten vom niedersächsischen Finanzminister Gerald

Heere, dass das Ergebnis nach den Tarifverhandlungen ohne Wenn und Aber auf die Beamtinnen und Beamten übertragen wird. Erst dann ist diese Einkommensrunde abgeschlossen!“

Auf dem Domplatz in Magdeburg hatten sich zeitgleich über 300 Beschäftigte versammelt. „Kein Entgegenkommen, keine Wertschätzung, kein Verständnis – manchmal fragen wir uns, was sich die Länder bei so einem Verhalten eigentlich denken“, kritisierte auch Herrmann-Josef Siebigtheroth, Bundesvorsitzender der Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten (VDStra), die Verhandlungstaktik der TdL. „Unsere Kolleginnen und Kollegen sind von der Inflation betroffen, sie müssen schwindende Personalressourcen ausgleichen und gleichzeitig wachsende Arbeitsanforderungen stemmen. Die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker denken scheinbar, dass wir ohne eine Anpassung der Einkommen und der Arbeitsbedingungen unverändert weiterarbeiten können. Das ist illusorisch. Mit einem ‚weiter so‘ fahren die Länder den Karren vor die Wand.“

Am 22. November 2023 fand eine Mahnwache vor der Senatsverwaltung der Finanzen in Berlin statt. „Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut“, skandierten Mitglieder der gewerkschaft kommunaler landesdienst berlin (gkl). „Wir fordern die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) zur Aufgabe ihrer Blockadehaltung bei den aktuellen Tarifverhandlungen auf“, sagte Kerstin Gutwasser-Friebel, Vorsitzende der gkl berlin. „Wertschätzung gegenüber den Beschäftigten geht anders! Der Respekt für die Leistungen unserer Kolleginnen und Kollegen muss auch im Portemonnaie ankommen!“

Auch am 21. November 2023 hatte es bereits in mehreren Städten Aktionen gegeben. „Die Arbeitgebenden reden immer viel von Wertschätzung, doch wenn es darauf ankommt, diesen Worten Taten folgen zu lassen, sind sie plötzlich still“, prangerte Volker Geyer, dbb Fachvorstand Tarifpolitik, am 21. November 2023 in Chemnitz an. „Corona, Krieg, Kostensprünge: Seit knapp vier Jahren befinden wir uns im Krisenmodus. Seitdem sind es die Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst, die das Land am Laufen halten – trotz Personalmangel und Investitionsstau. Die Arbeitgebenden weigern sich jedoch, dies ordentlich anzuerkennen und halten uns mit leeren Phrasen hin. Das ist eine Dreistigkeit, die wir uns nicht länger gefallen lassen!“

Auch Steffen Winkler, stellvertretender Vorsitzender des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen, kritisierte die mangelnde Bereitschaft der TdL, in den öffentlichen Dienst zu investieren. Die geforderte Entgelterhöhung von 10,5 Prozent, mindestens aber 500 Euro, sei ein wichtiger Schritt in die Zukunft: „Aktuell fehlen dem Staat mindestens 551.500 Beschäftigte. In den nächsten zehn Jahren scheiden zudem 1,36 Millionen – das entspricht 27 Prozent der Beschäftigten – altersbedingt aus dem öffentlichen Dienst aus. Wie soll das zukünftig bei den derzeitigen Arbeits- und Entgeltbedingungen kompensiert werden?“ Er forderte die Arbeitgebenden und die Politik auf, „endlich langfristige Konzepte zu entwickeln und nicht immer nur zu schauen, wie man das Tisch Tuch möglichst knapp hält.“

In Düsseldorf machte die dbb jugend nrw mit einer ausgefallenen Aktion auf ihre Forderungen aufmerksam: Sie verteilte Schokolade, die im Stil eines 200 Euro Scheins verpackt war. Damit verlieh sie der Forderung nach einer angemessenen Entgelterhöhung Nachdruck – sie soll, anders als die Schokolade, nicht gleich wieder von der Inflation aufgefressen werden. „Höhere Gehälter sind ein Schlüssel, um qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den Öffentlichen Dienst zu gewinnen und auch zu halten“, sagte Nicole Schorn, Tarifexpertin bei der dbb jugend in NRW. Viele Stellen in NRW, unter anderem in Sozialberatung und Krisenprävention, seien aktuell unbesetzt.

Bei einer Kundgebung in Saarbrücken vor 200 Teilnehmenden aus der Finanzverwaltung hob

Ewald Linn, Vorsitzender des dbb saar, die Probleme durch die Inflation hervor: „Die starke Erhöhung der Lebenshaltungskosten seit 2022 haben die Beschäftigten vor große Herausforderungen gestellt, für die die Länder in der anstehenden Einkommensrunde eine Lösung finden müssen. Dabei erwartet der dbb von der Landesregierung und dem Landesgesetzgeber, dass das Tarifergebnis des jüngsten Tarifabschlusses von Bund und Kommunen auf die Landes- und Kommunalbeamten und -beamtinnen sowie auf die Pensionäre zeitgleich und systemgerecht übertragen wird.“

Seit der ergebnislosen zweiten Verhandlungsrunde organisiert der Berufsschullehrerverband Sachsen (LVBS) regelmäßig aktive Pausen und Warnstreiks in ganz Sachsen. Am 21. November demonstrierten Lehrkräfte am Berufsschulzentrum Freital-Dippoldiswalde gegen die ablehnende Haltung der TdL. Es war die siebte Aktion des LVBS dieser Art.

Mahnwachen an Berufskollegs gab es auch in Nordrhein-Westfalen. Zum Auftakt der Protestaktionen am 20. November erklärte Andreas Hilgenberg, Stellvertretender Bundesvorsitzender des Bundesverbands der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB) in Gelsenkirchen: „Unsere Kolleginnen und Kollegen geben den Menschen Lebens-, Berufs- und akademische Perspektiven. Wer hier am Personal spart vergeudet unsere nachhaltigste Ressource - die sich durch Gebrauch sogar vermehrt – Wissen! Damit schwächen die Arbeitgebenden den wichtigsten Standortfaktor in Deutschland, die Innovationskraft.“

Digitalisierungsbilanz der Ampel überschaubar Bundesregierung darf nicht an der Zukunft sparen

Unklare Zuständigkeiten, mangelnde Priorisierung und fehlende Investitionen bremsen die Digitalisierung der Verwaltung aus. Der dbb Chef Ulrich Silberbach mahnt mehr Tempo an.

Zum Start des Digital-Gipfels der Bundesregierung am 20. November 2023 hat der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach deutliche Kritik an der Bundesregierung geübt: „Die Ampel wird sich wieder für ihre angeblichen Erfolge feiern. Fakt ist aber, dass ihr Zwischenzeugnis nach knapp zwei Jahren äußerst dürftig ausfällt. Die ambitionierten digitalpolitischen Ziele aus dem Koalitionsvertrag und der Digitalstrategie sind schön und gut, entscheidend ist am Ende die Umsetzung – und da sieht es gar nicht gut aus. Die Bundesregierung muss jetzt

Tempo machen und dem Thema mehr Priorität einräumen.“

Laut der kürzlich veröffentlichten Bitkom-Studie „Monitor Digitalpolitik“ hat die Bundesregierung bislang lediglich 38 der insgesamt 334 digitalpolitischen Vorhaben umgesetzt. Das entspricht einem Anteil von 11 Prozent. Silberbach: „An Projekten, Ankündigungen, Strategien und Programmen im Bereich der Digitalisierung hat es noch nie gemangelt. Schon immer wurden viele Versprechungen gemacht und hochtrabende Ziele verkündet. Es bleibt

dabei: Wir haben kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem“.

Unter dem Jahresschwerpunktthema „Digitale Transformation in der Zeitenwende. Nachhaltig. Resilient. Zukunftsorientiert“ findet der Digital-Gipfel der Bundesregierung am 20. und 21. November 2023 in Jena statt. Organisiert wird der Digital-Gipfel vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz und vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr. Für den dbb Bundesvorsitzenden ist die geteilte Federführungen symptomatisch für die Digitalpolitik

der Ampel: „Kompetenzgerangel, Zuständigkeitschickhack und eine unzureichende Koordination bremsen die digitale Transformation aus. Auf die im Koalitionsvertrag versprochene Bündelung der Zuständigkeiten bei dem Thema warten wir genauso wie auf das versprochene Digitalbudget bis heute. Bei allem Verständnis für die Finanzlage des Bundes: Gespart werden sollte nicht bei Zukunftsthemen. Eine digitalisierte Verwaltung ist entscheidend für die Handlungs- und Krisenfähigkeit des Staates.“

Deutsche Justizgewerkschaft

Silberbach: „Rechtsstaatlichkeit ist kein Selbstläufer“

Der Ressourcenmangel in der Justiz gefährdet den Rechtsstaat, beklagte der dbb Bundesvorsitzende auf dem DJG-Gewerkschaftstag. Investitionen seien zwingend erforderlich.

„Gerade in Zeiten, in denen der Rechtsstaat unter Druck steht, zeigt sich, welche immense Bedeutung der Justiz zukommt“, sagte dbb Chef Ulrich Silberbach am 20. November 2023 auf dem Gewerkschaftstag der Deutschen Justizgewerkschaft (DJG) in Königslutter. „Rechtsstaatlichkeit ist kein Selbstläufer. Allzu häufig müssen die Beschäftigten in der Justiz den Kopf für die Fehlentscheidungen in der Politik hinhalten. Dabei haben sie Respekt und Anerkennung verdient, nicht mangelndes Vertrauen oder gar tätliche Angriffe. Aktuell instrumentalisieren Demokratiefeinde die Krisen unserer Zeit für Hetze und Hass. Es bereitet mir große Sorge, dass das gesellschaftliche Bewusstsein für den Wert des Rechtsstaats sinkt.“

Aus dem aktuellen Bericht der EU-Kommission zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in den EU-Mitgliedsstaaten geht hervor, dass der Justizverwaltung in Deutschland weiterhin nicht die erforderlichen Ressourcen zur Verfügung gestellt

werden, vor allem in Hinblick auf Digitalisierung und Personal. Silberbach: „Es ist mir schleierhaft, weshalb diese Themen bei den Verantwortlichen nicht weiter oben auf der Prioritätenliste stehen. Denn die größte Gefahr für den Rechtsstaat und damit auch für unsere Demokratie ist ein kaputt gesparter öffentlicher Dienst. Die Beschäftigten in der Justiz müssen auf eine gute und zeitgemäße Ausstattung vertrauen können. Nur dann können die Bürgerinnen und Bürger auch auf eine funktionierende Justiz vertrauen.“

Nach zehn Jahren als Bundesvorsitzender der Deutschen Justizgewerkschaft übergibt Emanuel Schmidt an zwei Nachfolger. Die Delegierten wählten Klaus Plattes (NRW) und Beatrix Schulze (Sachsen-Anhalt) ins Amt. „Ich danke Emanuel Schmidt für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit“, sagte der dbb Bundesvorsitzende. „Und ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit mit der frisch gewählten Doppelspitze.“

Beratungen zwischen Bund und Ländern

Zaghafte Vorankommen bei der Krankenhausreform

Grundlegende Verbesserungen sind längst überfällig, machte dbb Chef Ulrich Silberbach nach den gescheiterten Beratungen zur Krankenhausreform deutlich.

Bereits im Sommer hat das Bundesgesundheitsministerium einen Vorstoß zu Eckpunkten der Reform gemacht – nach wie vor gehen die Vorstellungen in Hinblick auf die zukünftige

Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern weit auseinander. Daran hat auch ein Gespräch zwischen den Beteiligten am 23. November 2023 nichts geändert. Es wurde ledig-

lich vereinbart, dass das Bundesgesundheitsministerium Ende November aktualisierte Eckpunkte an die Länder übermittelt und im Januar ein weiteres Treffen stattfinden soll.

„Es ist zwar erfreulich, dass Bundesgesundheitsminister Lauterbach einen Schritt auf die Länder zuzugehen scheint. Dennoch sind zentrale Punkte noch nicht abgestimmt, das bereitet mir Sorgen“, kommentierte Ulrich Silberbach, dbb Bundesvorsitzender, das Treffen. „Die langwierige Debatte zeigt, wie komplex der Umbau der Krankenhausversorgung zweifelsohne ist. Aber die Zeit drängt. Je früher es Klarheit gibt, desto früher lassen sich die Früchte der Reform ernten.“

Die Vorhaltefinanzierung, die künftig große Teile der Fallpauschalenfinanzierung ersetzen soll, unterstützt der dbb ausdrücklich. Denn die Corona-Pandemie hat große Finanzierungsmängel offenbart. Silberbach: „Ich appelliere an die Länder, die Reform nicht in diesem frühen Stadium zu zerreden. Sie sind rechtlich verpflichtet, die Investitionskosten zu tragen.“

dbb frauen

„Eine Gesellschaft, die Frauen schützt, schützt die Grundfeste ihrer Menschlichkeit“

Schluss mit der Gewalt an Frauen – es braucht endlich eine umfassende Strategie, fordern die dbb frauen.

„Am internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen erheben wir gemeinsam unsere Stimmen, um ein Ende der Gewalt zu fordern. Eine Gesellschaft, die Frauen schützt, schützt die Grundfeste ihres eigenen Fortschritts und ihrer Menschlichkeit“, machte Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung und stellvertretende dbb Bundesvorsitzende anlässlich des Gedenktags deutlich. „Als gewerkschaftliche Frauenvertretung setzen wir uns vor allem für die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Arbeitswelt ein. Heute erinnern wir uns daran, dass Gleichstellung erst dann erfolgen kann, wenn Frauen überall und in allen Lebensbereichen vor Gewalt geschützt sind. Gemeinsam setzen wir uns für eine Welt ein, in der Frauen ohne Angst vor Gewalt leben können.“

Jede dritte Frau in Deutschland ist von sexueller und/oder körperlicher Gewalt betroffen. Ein Viertel aller Frauen erlebt körperliche und/oder sexuelle Gewalt in der Partnerschaft. Zwei von drei Frauen haben schon sexuelle Belästigung

Und es ist kein Geheimnis, dass sie dem nicht ausreichend nachkommen. Zwischen dem Soll- und Ist-Zustand klafft eine große Lücke.“

Es gehe aber nicht nur um die Finanzausstattung der Krankenhäuser, betonte der Bundesvorsitzende. Auch die Interessen der Mitarbeitenden müssen berücksichtigt werden: „Unsere Kolleginnen und Kollegen, die täglich alles geben, um kranke Menschen zu versorgen und Menschenleben zu retten, dürfen nicht auf der Strecke bleiben. Das gilt ganz besonders dann, wenn es um mögliche Zusammenlegungen einzelner Häuser geht. Die Beschäftigten sind kein Anhängsel, die sich ohne Weiteres auf andere Häuser umbuchen lassen. Das muss die Politik bedenken.“

Hintergrund:

Mit der Krankenhausreform will Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) die Behandlungsqualität in Krankenhäusern steigern und sichern. Außerdem soll die Gesundheitsversorgung entbürokratisiert und unabhängiger von ökonomischen Zwängen werden.

erlebt. Obwohl die Istanbul-Konvention in Deutschland seit dem 1. Februar 2023 uneingeschränkt gilt, kritisieren Expertinnen, dass es immer noch erhebliche Lücken in der effektiven Umsetzung gibt. „Eine langfristige, umfassende Strategie gegen Gewalt an Frauen sowie eine nationale Koordinierungsstelle fehlen beispielsweise nach wie vor“, erklärte Kreutz. „Als öffentlicher Dienst müssen wir uns hier aktiv einbringen, denn wir sind es, die Gesetze und Richtlinien für den Schutz von Frauen umsetzen. Wir sind die erste institutionelle Anlaufstelle von Betroffenen und müssen als Vorbild agieren.“

Prävention sei essenziell, um Gewalt am Arbeitsplatz entgegenzuwirken. Kreutz weiter: „Grundsätzlich sollten Beschäftigte darauf achten, Verhaltensänderungen oder Anzeichen von Gewalt bei ihren Teammitgliedern zu erkennen. Frühzeitige Interventionen können helfen, weitere Eskalationen zu verhindern und den Betroffenen Unterstützung anzubieten.“ Auch Führungskräfte seien bei dieser Aufgabe

gefragt: „Führungskräfte können eine Kultur fördern, in der Mitarbeiterinnen sich sicher fühlen, über etwaige Probleme oder Bedenken im Zusammenhang mit Gewalt offen zu sprechen. Eine offene und vorurteilsfreie Kommunikation ist entscheidend, um Opfern den Raum zu geben, ihre Erfahrungen zu teilen.“

Gewalt, sexuelle Belästigung und Mobbing waren ebenfalls Thema der frauenpolitischen Fachtagung der dbb frauen am 14. Juni 2023. Gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Politik und den dbb Gewerkschaften wurden das Ausmaß von Gewalt gegen Frauen im öffentlichen Dienst ergründet sowie Maßnahmen und Konzepte beleuchtet, Bedrohungen und Übergriffe am Arbeitsplatz zu reduzieren oder zu verhindern. Jetzt ist die [Broschüre](#) zur Veranstaltung erschienen. Sie enthält alle Vorträge der Referentinnen und Referenten, wichtige Impulse aus der großen

Diskussionsrunde und Impressionen von der Veranstaltung. Fachlich bietet die Broschüre profunde Einblicke in den aktuellen Forschungsstand, in die Situationen vor Ort und zeigt vielfältige Lösungsansätze und wertvolle Erkenntnisse auf.

Hintergrund:

Am 25. November 1960 wurden in der Dominikanischen Republik die drei Mirabal-Schwestern vom Regime ermordet, weil sie sich gegen die Militärdiktatur aufgelehnt hatten. In ihrem Gedenken riefen Feministinnen aus Lateinamerika und der Karibik 1981 den Tag zum Gedenktag aus. Seitdem organisieren Menschenrechtsorganisationen auf der ganzen Welt am 25. November Veranstaltungen, bei denen sie auf das Problem der Gewalt gegen Frauen aufmerksam machen. 1999 wurde der Gedenktag offiziell von den Vereinten Nationen aufgegriffen.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Nordrhein-Westfalen

Öffentlicher Dienst braucht mehr Attraktivität statt Absenkung der Einstellungskriterien

Bereits seit Jahren verweist der DBB NRW auf die inzwischen auf über 26.000 angewachsenen Leerstellen im öffentlichen Dienst des Landes Nordrhein-Westfalen. Die Landesregierung hat die dramatische Lage bestätigt.

Laut einem Bericht des Finanzministers Marcus Optendrenk an den Landtag muss die Landesverwaltung, um weiterhin Stellen besetzt zu bekommen, nahezu flächendeckend stärker auf Bewerber setzen, die noch vor ein paar Jahren kaum eine Chance auf Einstellung gehabt hätten. Die Rheinische Post berichtete ausführlich darüber. Viele in der Schulzeit erlangten Kompetenzen der Bewerberinnen und Bewerber können demnach im Vergleich zu den Vorjahren als lückenhafter und niedriger eingeschätzt werden. Um den Personalbedarf dennoch zu decken, führe das zum geringfügigen Herabsetzen der an die im Einstellungsverfahren an die Bewerberinnen und Bewerber gestellten Anforderungen.

Der Bericht des NRW-Finanzministers an den Landtag belegt das Verhältnis ausgeschriebener zu besetzten Stellen: Demnach wurden von 16.348 zu vergebenden Positionen zum

Stichtag 1. September nur 9.720 besetzt. Roland Staude, 1. Vorsitzender des DBB NRW, am 15. November 2023 dazu: „Die Differenz von fast 60 Prozent besetzter Stellen zu den ausgeschriebenen Stellen ist ein deutliches Zeichen mangelnder Attraktivität des öffentlichen Dienstes.“ Hier müsse das Bedürfnis nach Work-Life-Balance, lebensphasengerechten Arbeitszeiten, Co-Working sowie Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Karriere stärker in den Fokus gerückt werden, um im Wettbewerb mit der Privatwirtschaft bestehen zu können.

Bei den Dienstherrn reife diese Erkenntnis jedoch offenbar nur sehr langsam. Der öffentliche Dienst und das Berufsbeamtenamt würden anscheinend nicht mehr die Strahlkraft wie früher besitzen. Staude: „Bei den öffentlichen Arbeitgebern muss die Erkenntnis reifen, dass die Beschäftigten keine ‚Kostenstellen mit zwei

Ohren' sind, sondern der Garant für die Funktionsfähigkeit des Staates. Dazu gehört sicher ein angemessener Abschluss in der anstehenden Einkommensrunde.“ Bei den Einstellungs-

kriterien sei es für den Beamtenbund außerordentlich wichtig, dass die qualitätssichernde Funktion des öffentlichen Dienstes auch bei der Auswahl der Auszubildenden ein entscheidender Faktor bleibe.

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) Deutsche Bahn blockiert weiterhin: Tarifverhandlungen gescheitert

Die Tarifverhandlungen zwischen der GDL und der Deutschen Bahn (DB) sind vorerst gescheitert. Das hat die Fachgewerkschaft im dbb am 24. November 2023 erklärt.

Die Deutsche Bahn tue alles dafür, den Tarifkonflikt weiter zu verschärfen, hieß es von der GDL. So habe der Arbeitgeber schon einseitig und ohne Not die zweite Verhandlungsrunde in der letzten Woche abgesagt und nun sei auch am 23. und 24. November 2023 in Berlin keinerlei Verhandlungswille erkennbar gewesen. Weiterhin weigere sich die DB, über wichtige Kernforderungen der GDL zu verhandeln, wie etwa die Arbeitszeitabsenkung für Eisenbahnerinnen und Eisenbahner die Schichtarbeit leisten. Darüber hinaus verweigere sie den GDL-Mitgliedern im Netzbetrieb und in der Netzinzinstandhaltung ihr grundsätzliches Recht auf eigene Tarifverträge. Auch einen fairen Tarifvertrag für die Werkstätten solle es nicht geben. Noch einen drauf setze der Arbeitgeber, indem er auf Verschlechterungen bestehender Arbeitszeitregelungen und erhöhte Flexibilität für die Mitarbeiter im direkten Eisenbahnbetrieb setze.

„Dieser Arbeitgeber ignoriert konsequent, dass künftiges Personal für die Aufrechterhaltung des Eisenbahnbetriebes in Deutschland nur durch attraktive Arbeitsbedingungen gewonnen werden kann, Geld allein heilt diesen Zustand nicht mehr,“ so der GDL Vorsitzende und dbb Vize Claus Weselsky. „Die GDL will und wird die Attraktivität der Berufe im direkten Eisenbahnbetrieb wieder verbessern, denn darauf

kommt es für eine Verkehrswende in der Zukunft an.“ Auch die inzwischen eingeleitete Urabstimmung der GDL-Mitglieder über längere Streikmaßnahmen habe nichts an der „fundamentalen Verweigerungshaltung der Plüschetage“ geändert. Weselsky: „Unbeeindruckt und mit schauspielerischer Höchstleistung versucht Herr Seiler zu vermitteln, dass über alles verhandelt werden könne. Dem ist ausdrücklich nicht so.“

Diese Ignoranz kenne die GDL aus vielen Tarifrunden der Vergangenheit. Die GDL habe diese Hindernisse bisher immer erfolgreich überwunden. Eine dadurch entstandene positive Lernkurve für das Management der Deutschen Bahn sei aber nicht zu erkennen. Dort gehe es vielmehr darum, sich ohne Rücksicht auf Qualität und Zuverlässigkeit des Verkehrsmittels Eisenbahn schnellstmöglich die Taschen zu füllen und beim Eintreten der Folgen längst weitergezogen zu sein. Von der betrieblichen Realität hab man „Null Ahnung“. Angesichts dessen seien weitere Verhandlungen ohne Sinn und Zweck. „Die GDL wird es auch in dieser Runde nicht zulassen, dass unsere berechtigten Forderungen ignoriert werden“ so Weselsky. „Wie in der Vergangenheit, werden wir auch in der Zukunft dafür kämpfen. Die Arbeitgeberseite scheint das nicht zu verstehen. Dann müssen wir es ihnen eben wieder einmal beweisen.“

vbba – Gewerkschaft Arbeit und Soziales Arbeitsagenturen und Jobcenter: Belastung für Beschäftigte wächst

In seiner Herbstsitzung in Leipzig forderte der vbba Bundeshauptvorstand die Bundesagentur für Arbeit (BA) und die Politik zum Handeln auf. Die Kolleginnen und Kollegen in den Arbeitsagenturen und Jobcentern sehen sich angesichts der Krisen und ihrer Auswirkungen seit Monaten wachsenden Belastungen ausgesetzt.

Die internationalen Krisen wirken sich zunehmend negativ auf den Arbeitsmarkt in Deutschland aus. So liegt die Zahl der Zugänge in Arbeitslosigkeit nahezu in allen Monaten des Jahres 2023 deutlich über dem Vorjahreswert.

„Das bekommen die Kolleginnen und Kollegen in allen Bereichen immer mehr zu spüren. Besonders prekär ist die Lage im Kundenportal, also den Eingangszonen und Servicecentern. So arbeiten die Beschäftigten in den Eingangszonen seit Monaten am Limit; die enorme Belastung macht sich in steigenden Erkrankungszahlen bemerkbar. Die Rückstände im Alg-Plus-Bereich bringen zusätzlich verärgerte arbeitslose Menschen in die Häuser“, hieß es am 20. November von der vbba.

Die ohnehin auf Dauer nicht zu akzeptierende Lage werde durch eine Fehleinschätzung in der Zentrale der BA verschärft. Neben dem bisherigen „Präsenzkanal“ für erscheinende arbeitslose/arbeitsuchende Menschen und dem digitalen Kanal (Sachbearbeitung) müssten die Beschäftigten nun auch noch einen Teil der wachsenden Telefonie bewältigen. Dadurch werden Organisationsaufwand und Komplexität erheblich erhöht.

Der vom BA-Verwaltungsrat festgestellte BA-Haushalt für 2024 zeige in einigen Aspekten in

die richtige Richtung, wird aber den aktuellen Belastungen und Herausforderungen nicht gerecht. Von enormen Engpässen seien beispielsweise auch der Interne Service und das RIM betroffen.

Ähnlich prekär sei die Lage in den Jobcentern. In Folge der Krisen sei der Bestand an Kundinnen und Kunden im Kontext der Fluchtmigration sprunghaft gestiegen. Fehlende Deutschkenntnisse machten in vielen Fällen die Kommunikation zeitaufwändiger. „Zudem ist die Kundengruppe aus der Ukraine vergleichsweise fluktuativ. Nun solle auch der Job-Turbo mit dem Ziel von deutlich mehr Integrationen - insbesondere bei ukrainischen Flüchtlingen - umgesetzt werden. Bislang jedoch fehlen den Jobcentern die entsprechenden Haushaltsmittel.“

Vbba Gewerkschaftschef Waldemar Dombrowski sagte: „Ein Turbo kommt ohne Energiezufuhr nicht aus. Wer einen Jobturbo bestellt, der muss auch die Haushaltsmittel für das notwendige Personal und die arbeitsmarktpolitischen Instrumente bereitstellen. Ansonsten droht das Versacken in der Boxengasse.“

Verband Bildung Erziehung (VBE) An 3.500 Schulen fehlen mehr als 15 Prozent der Lehrkräfte

Am 24. November 2023 hat der VBE die Ergebnisse einer repräsentativen forsa-Umfrage unter mehr als 1.300 Schulleitungen vorgestellt. Diese fühlen sich demnach am stärksten belastet von steigenden Verwaltungsarbeiten, dem stetig wachsenden Aufgabenspektrum und Entscheidungen der Politik, die nicht mit Blick auf den Schulalltag getroffen werden.

Der stellvertretende VBE Bundvorsitzende Tomi Neckov sagte dazu: „Es ist ein Fehler, die Expertise aus der Praxis nicht ausreichend in Entscheidungsprozesse einzubinden – oder Entscheidungen gar entgegen der Notwendigkeiten vor Ort zu treffen. Das rächt sich in der Zufriedenheit der Schulleitungen mit der Politik.“ So bewerten die Befragten die Kultusmini-

sterien mit der Note 4,3. Das ist der schlechteste Wert seit Beginn der Befragungsreihe im Jahr 2018.

Die größten Herausforderungen an den Schulen sind laut deren Leitungen der Fachkräftemangel, Inklusion und Integration, die Arbeitsbelastung, Gebäude und Ausstattung und die Bürokratie. Stark belastend empfinden 62 Pro-

zent der Befragten die gesellschaftliche Anspruchshaltung, dass Schule alle gesellschaftlichen Probleme lösen soll. Der stellvertretende VBE Bundesvorsitzende stellt fest: „Auch, wenn manche das denken: Schule ist kein Reparaturbetrieb. Manche sehnen ein Bildungssystem zurück, von dem wir uns zum Glück längst wegentwickelt haben. Aber uns fehlen die Ressourcen, um den nächsten Schritt zu gehen. Individuelle Förderung wird ohne ausreichend Lehrkräfte und das Zusammenarbeiten in multiprofessionellen Teams und ohne genügend Zeit für Kooperation nicht gelingen.“ Außerdem wünschen sich Schulleitungen mehr Leitungszeit und Anrechnungsstunden, um weitere Personen aus dem Kollegium mit Aufgaben betreuen zu können. Mehr Personal ist der Schlüssel für Verbesserung der Situation: ob in der erweiterten Schulleitung, als administrative Unterstützung oder im multiprofessionellen Team.

Dieses fehlt aber. Der Lehrkräftemangel ist deutlich spürbar. Bezogen auf Schulen, an denen Stellen nicht besetzt werden konnten, gaben 2021 von den Befragten noch 36 Prozent an, unter 5 Prozent ihrer Stellen nicht besetzen zu können. Dieser Anteil sinkt weiter auf 30

Prozent. Dafür steigt in fast gleichem Umfang der Anteil derer, denen an ihren Schulen über 15 Prozent der Lehrkräfte fehlen, nämlich von 16 Prozent in 2021 auf nun 22 Prozent. Neckov interpretiert die Zahlen: „Es gibt Schulen in bestimmten Vierteln oder Regionen, die beliebter sind als andere und vielleicht auch weniger Schwierigkeiten haben, offene Stellen zu besetzen. Und es gibt Schulen, die starke Probleme bei der Besetzung ihrer offenen Stellen haben. Aus meiner Erfahrung behaupte ich: Dort, wo es die größten Herausforderungen gibt, fehlen die meisten Lehrkräfte. Das setzt eine Abwärtsspirale in Gang, die wir schnellstmöglich stoppen müssen.“ Der Weg der Politik: Seiten- und Quereinstieg ermöglichen. Aber: „Statt den Mehrwert einzelner Externer in das Bildungssystem zu bringen, füllen sie nun Lücken in relevantem Ausmaß – teilweise ohne angemessene Vorqualifizierung oder berufsbegleitende Weiterqualifizierung.“ Der Mangel wirkt wie ein Katalysator für diese Entwicklung und so sagen mittlerweile 66 Prozent der Befragten, dass sie an der Schule Personen beschäftigen, die keine Lehramtsqualifikation erworben haben. Diese Zahl hat sich in den letzten fünf Jahren rasant entwickelt und fast verdoppelt.

vbob – Gewerkschaft Bundesbeschäftigte Resolution gegen Gewalt, Extremismus und Antisemitismus beschlossen

Der vbob Bundeshauptvorstand hat am 18. November 2023 eine Resolution gegen Gewalt, Extremismus und Antisemitismus beschlossen.

Die Mitglieder erklärten damit die Ablehnung jeglicher unrechtmäßig ausgeübter Gewalt, egal ob körperlich oder verbal, die im Zusammenhang mit der Ausübung des grundgesetzlich geschützten Demonstrationsrechtes auf deutschen Straßen ausgeübt wird.

Die jüngst aufgrund des barbarischen Terroraktes der Hamas gegenüber der israelischen Bevölkerung in deutschen Städten und auf deutschen Straßen ausgeübten Freudentänze von in Deutschland lebenden Menschen seien ebenso wie die Aufforderungen zur Vernichtung des israelischen Volkes unerträglich für alle friedliebenden und demokratischen Beschäftigten der Bundesverwaltung, die die vbob Gewerkschaft Bundesbeschäftigte vertritt.

„Wir distanzieren uns klar von radikal islamistischen Gruppen, die die Vorteile der deutschen

Demokratie für ihre Zwecke der Gewaltverherrlichung missbrauchen. Die seitens der obersten Verfassungsorgane zurecht vorgetragene Staatsräson im Zusammenhang mit dem Schutz jüdischen Lebens auch in Deutschland teilt der Bundeshauptvorstand ausdrücklich“, hieß es in der Resolution.

Die bei Demonstrationen gegenüber den Polizeikräften ausgeübte physische und psychische Gewalt verurteile man auf das Schärfste. Dort, wo Mitarbeitende des Staates für Schutz und für Ordnung sorgen, seien sie die Vertretung des Deutschen Staates und damit der deutschen demokratischen Grundordnung und verdienten unseren uneingeschränkten Respekt und Schutz vor Gewalt.

„Unerträglich ist für uns das gewaltige Ausmaß extremistischer und antisemitischer Straftaten seit dem Beginn des Krieges im Nahen Osten.

Wir lehnen jede Verfolgung anderer rundweg ab. Wir stehen für das Ziel einer friedlichen Gesellschaft, in der Menschen jeglichen Glaubens, Geschlechtes, Hautfarbe, sexueller oder

politischer Orientierung ihren Lebensentwurf unter Rücksichtnahme auf die Interessen der jeweils anderen Gruppe leben sollen“, hieß es weiter.

Namen und Nachrichten

Seit dem 16. Oktober 2023 finden auch an den Landgrenzen zu Polen, Tschechien und der Schweiz temporäre Grenzkontrollen statt. Zeitgleich wurden auch die vorübergehenden Binnengrenzkontrollen an der Landgrenze zu Österreich erneut notifiziert. In nur einem Monat stellte die Bundespolizei 11.029 unerlaubte Einreisen festgestellt, davon wurden 4.790 Personen an den Grenzen zurückgewiesen oder zurückgeschoben. Außerdem gingen der Bundespolizei 266 Schleuser ins Netz. „Die Bundespolizei hat mal kurz das Licht eingeschaltet“, betont der Vorsitzende der DPoIG

Bundespolizeigewerkschaft und dbb Vize **Heiko Teggatz** Was sehr viele Fachleute bereits längst wussten, lasse sich jetzt schwarz auf weiß belegen: Die grenzüberschreitende Kriminalität hat Hochkonjunktur. Wie der Pressemitteilung der Bundespolizei vom 17.11.2023 zu entnehmen ist, konnten die eingesetzten Beamtinnen und Beamten der Bundespolizei an den vier Grenzen seit Aufnahme der notifizierten Grenzkontrollen zusätzlich 3.528 gesuchte Personen dingfest gemacht werden. Dabei konnten 670 offene Haftbefehle vollstrecken werden.

Termine:

7./9. Dezember 2023

Einkommensrunde TdL 2023: 3. Runde

Weitere Informationen unter www.dbb.de/einkommensrunde

8./9. Januar 2023

dbb Jahrestagung

„Ein starker öffentlicher Dienst für eine starke Demokratie und Gesellschaft“

Weitere Informationen unter www.dbb.de/jahrestagung